

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

104 (6.5.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postschalter monatlich 1,80 M., vierteljährlich 5,00 M., halbjährlich 9,00 M., jährlich 17,00 M., durch die Post 1,40 M. bezogen 4,82 M. vorauszahlbar.
 Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeiten: 1/2-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.
 Anzeigen: Die 7spalt. Anzeigenzeitung od. deren Raum 25 S. zugl. 80 % Zeitungszusch. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 Vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Co., Karlsruhe.

Ein Nachwort.

Karlsruhe, 6. Mai.

Die Komödie ist aus. Wie es scheint beschloßen mit einer tragischen Pointe. Auch dazu mußten Menschen geopfert werden, damit die ewig lebendige Hauptstadt an der Saar wieder zu ihrem selbstverständlichen Recht der Erhaltung und Sicherheit ihres Lebens käme.

Wie es augenblicklich aussieht, werden einige recht böse Mißverständnisse von der „Liktatur des Proletariats“, genannt „Mädelherrschaft in München“ zurückbleiben. Gar so tief, wie die in der französischen Etappe fabrizierten Nachrichten uns weismachen wollen, werden indessen die Herren Lewin, Toller, Mühsam u. c. ihre Spere kaum in das Blut der Münchener Bürger getaucht haben. Die genannten Herren und ihre Diktatursknechte sind ja laant und jonders keine Dantons und Desmoulins, sie möchten es alle nur gerne sein. Sie haben eher Nechtheit mit Wilh. II., der auch Geldentaten maßlos benutzte, im Vergleich aber an der Rolle des Kaiserfeldmarschalls sein Genüge fand.

Was aber wird als politischer Ertrag zurückbleiben, wenn die Diktatur an Leben und Wirtschaftsgut, die dort gebracht wurden, verdirbt sein werden? Zunächst die Erinnerung an furchtbare Experimentierlustigkeiten. Von all den Männern und Weibern, die da als Grenzbesetzer von Wohn und Sinn einzige Weichen in ihren politischen Windmühlen herumgeschleudert haben, wissen doch wohl höchstens Landauer und Lewin, was sie überhaupt wollen. Und keiner von ihnen hat ein Verständnis dafür bewiesen, daß politische Reformen und Revolutionen ohne logischen Bodenproben nicht sein müssen. Ausgänger in München Volksherrschaft! Ein Proletariat, das seiner Zeit unter Vollmar und Müller den Vortrupp des vernünftigen Revisionismus gegen Bebel und den Ultraradikalismus gemacht hatte, zur Mädelherrschaft berufen worden, dazu ein Proletariat, das weniger aus den Industriebetrieben, dazu ein kleinrentnerisches Berufs herkommt, das können wir nicht nur heute tun, die Kinder oder Tollhäuser oder Desmoulins sind, entschlossen zur Alternative: jetzt oder nie, entweder wird unser Programm durchgeführt oder die ganze Gesellschaft geht in die Brüche. Natürlich kam es so, wie man es sich an zwei Fingern abzählen konnte. Es erwuchs keine Ordnung, kein sozialistisches System, es kam das Chaos. Das dieses teilweise lustig war, dafür sorgte das Münchener Milieu, welches ohne Humor in Form der Extrabagatelle selbst in den Tagen bitterer Not nicht auskommen kann und das es andererseits einen pervertierten Bruchteil erhielt, dafür sorgte überhaupt die Nachwirkung des Krieges, der alle Massenereignisse im Gegenwart — Tanzgut, Spielgut, Amüsiergüter, sexuelle Ausbeutungsmomente u. c. — in die Bahnen des Pathologischen treibt. In der Mallotheit über die traurige Problematik unserer Zeit fügen wir uns in das Werk von Karl Marx. Da finden wir auch Auskunft und Rat. Den Schlüssel zu allen Gegenwärtigkeiten aber bietet er nicht. Da müssen wir uns noch an einen anderen wenden: an den Richter Siegmund Freud in Wien.

Es ist nichts Gutes an dieser Münchener Diktaturperiode gemeint, sondern nur Negatives. Selbstverständlich kann daraus auch nur Schaden erwachsen. Den Vorteil vom Schaden hat für jeden, der eine Minute Befinnung für die Münchener Vorgänge opfert, was das von vornherein klar — den Vorteil davon hat die Reaktion. Es ist zu bezagen, daß der Rad nach rechts bis in die Reichen der Verhältnisse wird in München und weiter herum das Zentrum den Profit davon haben. Man kann sich den Grad der Erbitterung der Münchener Bevölkerung über ihre Peiniger aus der Lektüre erklären, daß ihre kindlichen Partikularklagen einwilligen, die ewig und immer verdrängten Preußen zu Hilfe zu rufen. Nun, da diese eingezogen sind, werden sie „unter unbeschreiblichem Jubel“ als Befreier begrüßt. Das wird — fürchten wir — nicht nur dem Spartakismus hinausweisen. Trotzdem die Befreier auf Geheiß der Regierung des Mehrheitssozialisten Hoffmann in München eingetrückt sind, wird der Sozialismus überhaupt für das Regiment der Münchener Dreiwöchendiktatoren zu büßen haben. Die klare Befinnung entscheidet da nicht, es entscheidet der Affekt und der sagt das oberflächlichste Zeug: ihr seid so ungeschicklich daselbe wie jene, wir wollen von euch allen nichts mehr wissen.

In Bayern nimmt die Revolution eine verurteilte ähnliche Wendung wie die französische von 1798, wenigstens in einem Punkt: sie wagt sich auf die Herrschaft des Säbels in der Faust des alten Regiments zu. Als die Spartakisten den Säbel in die Hand nahmen, bedankten sie die Gewalt herauf. Wieder ist in Bayern das Militär oben auf, aber nicht nur als Instrument des Regierungswillens, sondern als ein selbstregierender Faktor. Wer das nicht glaubt, nehme von einem Vorfall in Nürnberg Notiz. Dort hatte das Generalkommando des 3. A. K. dem „Fränkischen Kurier“, einem jähm liberalen Blatt, das Erscheinen auf unbestimmte Zeit verboten. Die Regierung Hoffmann verdrach Abhilfe. Nachbestimmungen bestand das Verbot weiter und als das Blatt sich beim Generalkommando auf die Zulage der Regierung berief, erhielt es den Bescheid: in dieser Angelegenheit könne das Generalkommando einen eigenen Blick fassen. Also Militarismus wie in den Württemberg des Kriegesprekesses. Somit fällt das Militärkommando seine Suprematie über die Regierung-

inlangen erstarkt, daß es deren Maßnahmen als Verfügungen behandelt, die auf dem Papier stehen und sonst fromme Wünsche herzlich guter, aber in Wirklichkeit ohnmächtiger Nebenbeamten sind.

Das bayerische Beispiel zwingt ja geradezu, sich die dortigen Vorgänge in lebhaftem Sinne auf großdeutsche Verhältnisse zu übertragen. Stellen wir uns vor, Spartakus hätte für einen Augenblick in ganz Deutschland das Selt in der Hand. Was dann? Ist dann der Tag des Sozialismus da? Fällt ihm gar nicht ein. Der ist ferner wie je. Aber dann mag, wenn die Entente ihn nicht zur Aburteilung von Holland herüberholt, der Bildling von Amerongen oder einer jenseitigen Inseln. Sein Tag ist da. Wilh. II. der Hohenzoller, Kaiser von Spartakus Gnaden. Jedenfalls sind das Dinge, worüber wir uns einmischen noch durch Selbstbestimmung auf die Folgen unsinniger Experimente in München wälzen können.

Versailles.

Keine Antwort.

W. Versailles, 5. Mai. Die deutsche Delegation ließ gestern Abend bei den Entente-Regierungen anfragen, wann der Friedensvertrag überreicht werde. Die Entente erteilte bisher keine Antwort.

Morgen wird der Friedensvertrag überreicht.

W. Versailles, 5. Mai. Auf die Anfrage der deutschen Delegation, wann das Friedensdokument überreicht werden würde, ist heute nachmittag die Antwort eingegangen, daß die Ueberreichung am Mittwoch den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Trianon-Palasthotel stattfinden werde.

W. Berlin, 5. Mai. Wie die deutsche Waffenstillstandskommission mitteilt, sind die für den 6. Mai nach Spanien abzureisenden Verhandlungen über Reststofflieferungen ebenfalls nach Versailles, und zwar für den 9. Mai verlegt worden.

W. Berlin, 5. Mai. Der „Germania“ wird aus Versailles geschrieben: Von amerikanischer Seite wird in bemerkenswerter Weise verdrückt, Stimmung dafür zu machen, daß Deutschland den Frieden annehmen müsse, wenn er auch noch so schwer und hart sei. Neume Deutschland den Frieden annehmen müsse, wenn er auch noch so schwer und hart sei. Neume Deutschland den Frieden annehmen müsse, wenn er auch noch so schwer und hart sei. Neume Deutschland den Frieden annehmen müsse, wenn er auch noch so schwer und hart sei.

W. Paris, 5. Mai. Laut „Echo de Paris“ wird der Friedensvertrag im wesentlichen folgende Kapitel umfassen: Einleitung, deutsche Grenzbestimmung, über die Grenzveränderung, deutsche Kolonien, Bestimmungen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Natur, Vorgehen gegen Wilhelm II. und künftige schuldigen Deutschen, Beihilfen und finanzielle Entschädigung wirtschaftliche Bestimmungen, Köfen, Wasserstraßen und Eisenbahnen, internationale Arbeitervereinigung, Garantien für weine Bestimmungen und Restifikationen.

W. Versailles, 6. Mai. Die Präliminarien werden heute nachmittag in einer geheimen Sitzung allen Delegierten der Staaten, die Deutschland den Krieg erklärten oder die Beziehungen zu ihm abgebrochen hatten, mitgeteilt werden.

Die österreichisch-ungarische Delegation

W. Versailles, 6. Mai. Wie der „Clair“ mitteilt, erwartet man das Eintreffen der österreichischen und ungarischen Delegierten in St. Germain am 14. Mai. Mehrere Gebände werden für ihre Unterbringung requiriert. Das Eintreffen der L. Herrscher und Ungarn wird die Vorlegung des Friedensvertrages an die Deutschen nicht beeinflussen. Voraussetzlich werden die Deutschen mit dem Vertragswort laut nach Weimar abgereist sein, wenn die Verhandlungen mit den Oesterreichern und Ungarn beginnen. Man glaubt, daß die hochsitzliche Vereinigung Deutschlands und Oesterreichs durch eine Spezialklausel im Vertrag mit Oesterreich verboten werden wird. Die Erörterungen mit Oesterreich und Ungarn werden kurz sein. Die Arbeiten der zuständigen Ausschüsse über die österreichischen und ungarischen Fragen werden augenblicklich beendet.

Die schwierige Lage in Belgien.

W. Brüssel, 5. Mai. Das Budget für 1919 steht vor an ordentlichen Einnahmen rund 526 Millionen Frs., außerordentlichen Einnahmen rund 390 Mill. Frs., an normalen außerordentlichen Einnahmen 1600 000 Frs., an außerordentlichen Kriegseinnahmen 1686 Mill. Frs. Die Konten für die Ausgaben betragen 9 682 886 Frs. Das Finanzgesetz sagt, daß das Land die außerordentlichen Ausgaben nicht werde decken können. Das Defizit müsse durch den Anzeiger, der an ihm schuld sei, ausgeglichen werden.

W. Paris, 5. Mai. Interalliierte Kommission. Die Verhandlungen über die Finanzfragen werden eifrig fortgesetzt. Man hat den Eindruck, daß die Schwierigkeiten zwischen dem Dreierrat und den Belgiern beseitigt werden. Schmans ist gestern mit zwei festen Vorschlägen nach Brüssel abgereist. Belgien soll von der ersten Zahlung Deutschlands im voraus eine Summe von 2 1/2 Milliarden erhalten und die vollständige Aufhebung der belgischen Kriegsschuld im Betrage von etwa 5 Mil-

liarden. Diese neuen Bedingungen werden durch den Ministerrat, der sich gestern Abend versammelt hat, geprüft werden. Es ist möglich, daß die belgische Kammer für eine Erklärung Schmans sofort einberufen wird.

W. Amsterdam, 5. Mai. In Belgien wurden gestern Massenkundgebungen gegen die Beschlüsse des Dreierrats und zu Gunsten besserer Friedensbedingungen veranstaltet.

Krisenstimmung in Frankreich.

W. Paris, 5. Mai. Der Sekretär der Confederation generale du travail, Juhauz, hat dem Ministerpräsidenten in einem Schreiben mitgeteilt, daß er nicht mehr an den Arbeiten der Partier Konferenz als Vertreter der Arbeiter teilnehmen könne und sein Amt niederlegen müsse, nachdem die Regierung auch am 1. Mai die Arbeiterchaft verdrängt habe, ihren Willen zu bekunden. Gleichzeitig haben die beiden sozialistischen Regierungsmitglieder Morel und Douillon ihre Venitur im Ackerbau- und Handelsministerium aus dem gleichen Anlaß niedergelegt.

W. Berlin, 5. Mai. Dem „Lokal-Anzeiger“ wird aus Lugano berichtet, daß nach dem „Corriere della Sera“ die Streikbewegung in Paris zunehme. Am Montag begann dort der Generalstreik des Personals der Banken und der Büros.

Die Lage in Bayern.

Die Ermordung der Geiseln.

München, 4. Mai. Eine Kundmachung des Polizeipräsidenten veröffentlicht die Namen der ermordeten Geiseln, die bis auf zwei Angehörige der Gardebrigade Division festgelegt sind. Es handelt sich um folgende Persönlichkeiten: Walter Neuhaus aus München, Baron von Lauder aus Regensburg, Friedrich Wilhelm von Seibitz aus München, Walter Daitz aus München, Gräfin Sella Bekary aus München, Anton Daumenlang aus München, Professor Ernst Berger aus München und Prinz Gustav Franz Maria Thurn und Taxis aus München. Einwand wurde festgestellt, daß die unglücklichen Geiseln ohne jede vorausgesetzte Vernehmung am 30. 4. in zwei Abteilungen erschossen worden sind. Die beiden Soldaten wurden um 10 Uhr vormittags, die übrigen 8 Personen zwischen 4 und 1/2 Uhr nachmittags im Hofe des Ludwigsbühnenhauses hingerichtet. Alle Beurteilten, auch die Gräfin Bekary, geschossen sich bis zum letzten Augenblick tapfer und würdig und wurden mit Ausnahme des Barons von Teudert, welcher dem Tode in aufrechter Haltung entgegen sah, hinterdeckt erschossen. Die Kopfverletzungen bei drei Opfern sind durch Gewehrkugeln am nächsten Tage entstanden. Eine Verfilmung der Singschichten hat, wie die Kundmachung betont, nicht stattgefunden. Einzelne Verhandlungen müssen erst in der Nacht erfolgt sein. Den Befehl zur Erschießung gab der Kommandant Franz Seidel aus Glemnis und sein Stellvertreter Willi Hausmann aus München. Es ist nicht festgestellt, ob die beiden auf Befehl des Oberkommandos handelten. Willi Hausmann hat sich gestern im Augenblick der Verhaftung in seiner Wohnung selbst erschossen. Die übrigen Beteiligten werden aufs schärfste verfolgt.

Neue Kämpfe in München.

W. Berlin, 5. Mai. Wie wir erfahren, kam es gestern nachmittag in München besonders an der Mahlkasernen und in der Dachauerstraße zu Straßenkämpfen. Am Sonntag nachmittags nach 5 Uhr setzte wieder heftiges Gewehrfeuer und Gefächter von Maschinengewehren ein. Bald trafen wieder die Schläge der Kanonen und Mienen. Der Kampf war hartnäckig und es wickelten sogar Anführungsflieger mit, um das Feuer auf die hinter den Kasernen gelegenen Häuser zu lenken. Auch Panzerautomobile mußten in Aktion treten. Gegen 100 Gefangene, darunter auch Frauen, wurden, die Hände am Hinterkopf, unter starker Bewachung ins Militärgefängnis gebracht.

Neber die Gesamtzahl der bisherigen Opfer liegen noch keine zuverlässigen Nachrichten vor. Berlekt wurden nach den bisherigen Feststellungen 900 Soldaten und Zivilpersonen. Am medizinischen Institut und den einzelnen Friedhöfen lagen bis zum Montag 250 Tote. Von Rissen, Levine und Dr. Levin fehlt noch jede Spur. Am Sonntag wurde in den Gasseingängen der Redakteur der „Münchener Notizen“ verhaftet und handrechtlich erschossen. Dasselbe Schicksal erlitt der Adjutant Gethofer, der 20jährige Kommunist Siebert. Die Münchener Lebensmittelversorgung war infolge der kommunistischen Wirren in der abgelaufenen Woche die denkbar schlechteste. Die Einwohnerchaft erhielt außer Brot so gut wie gar nichts. Milch fehlte gänzlich. Fleisch gab es fast gar nicht, Eier, Fett und Käse wurde nicht verteilt. Gemüse und Kartoffeln gab es nicht, kurzum, es ist ein wahres Wunder, wie sich die Bevölkerung in dieser Woche durchgeschlagen hat.

Preiserhöhungen für rheinisch-westfälische Kohlen.

W. Berlin, 5. Mai. Nach eingehenden Verhandlungen hat sich das Reichswirtschaftsministerium, wie jetzt amtlich bestätigt wird, bereit gefunden, die vom rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat im März geforderte Preiserhöhung von 20 Mark einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer erst mit Wirkung vom 1. Mai ab zu genehmigen.

Buchdruckerstreik in Frankfurt a. M.

W. Frankfurt a. M., 6. Mai. Das gesamte technische Personal der hiesigen Druckereien einschließlich der Zeitungsbedriebe ist gestern mittag wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Das 1. Morgenblatt der „Stf. Sta.“ konnte daher nicht erscheinen.

Fünfte badische Rätekonferenz.

Durlach, 3. Mai 1919.

Nachmittags-Sitzung.

Vor Eintritt in den zweiten Punkt der Tagesordnung gibt Fröhlich-Durlach den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind 188 Delegierte anwesend.

Der zweite Rätekongress in Berlin.

Dr. Grottel-Rangheim: Die Umstände, unter denen der zweite Kongress zusammentrat, unterschieden sich wesentlich von denen, unter denen der 1. Kongress tagte. Die Tagung war wesentlich ungezügelter; von Demonstrationen merkte man nichts mehr. Eine Einmischung seitens der Tribünen fand nur einmal statt, es blieb aber beim Versuch. So gut die Leitung beim 1. Kongress war, so ungenügend war sie beim 2. Kongress. Auch in der Bedeutung der Verhandlungen unterschied sich der Kongress von dem ersten. Als der 1. Kongress zusammentrat, da war die Forderung der Nationalversammlung, der Arbeiter- und Soldatenräte, der erste Kongress beschloß den Zusammentritt und die Wahl der Nationalversammlung. Der zweite Kongress hatte nicht mehr die Macht und die Bedeutung des 1. Kongresses, das zeigte schon die Behandlung des Antrags auf Freilassung Ledebours. Auch die Beschlüsse gaben die weniger große Bedeutung des Kongresses. Eine Reihe namhafter Genossen fehlte auf dem Kongresse.

Was die Arbeiten des Kongresses betrifft, so konnte die Mehrheitsfraktion dem Telegramm an das ungarische Proletariat zustimmen; das Telegramm an die bayerische Räterepublik wurde zurückgestellt und kam dann überhaupt nicht zur Erledigung. Leinert betonte zunächst in seinem Referat über die Tätigkeit des Zentralrats, daß jede Regierung sich auf eine Macht stützen müsse; er verteidigte im wesentlichen die Haltung und Arbeit der Regierung. Der Antrag der U.S.B. auf Aufhebung des Besatzungszustandes wurde abgelehnt, dagegen wurde der Antrag angenommen, daß politische Verhältnisse freigegeben werden sollen, wenn die Bewegung, wegen der sie verhängt worden sind, abgeschlossen ist.

Was Kraus in seinem Referat über Sozialisierung ausführte, können wir alles unterschreiben. Besonders gewandt hat er vor dem russischen Vorbild und vor dem Experiment der Kollektivierung. — Im Mittelpunkt der Beratung stand die Frage: der Aufbau Deutschlands und das Räteproblem, mit andern Worten: Demokratie oder Diktatur. Auf dem 1. Kongress hatten die Unabhängigen noch erklärt, daß sie selbst eine Nationalversammlung wünschen. Es war aber ein großer Fehler der Unabhängigen, daß sie verhindert haben, daß sofort nach der Revolution die Wahlen stattfänden. Die Frage, ob die Demokratie oder Diktatur das Richtige ist, kann aus Schriften der Unabhängigen beantwortet werden. Kraus, Ströbel usw. erklären, daß nur die Demokratie die einzige mögliche ist, die verwirklicht wird, daß Deutschland wieder gesundet. Das Wort: Alle Macht den Räten ist ein Schlagwort. Es wird mit seiner Verwirklichung auch nicht erreicht, was seine Beschränkung wünschen. Die Demokratie will weiter nichts als allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlen, freies Versammlungs- und Vereinsrecht, sie will vor allem auch den Schutz der Minderheiten. Die Diktatur will das Gegenteil. Das Wahrecht wird ein Ständerecht, es wird ungleich, ungerecht, es wird die Minderheit nicht geschützt. Dieser Zustand wäre noch erträglich, wenn die Arbeiterklasse die Mehrheit hätte, in Wirklichkeit fände aber die Mehrheit unter der Diktatur einer Minderheit. Derartige Diktaturen führen, wie Kraus nachweist, immer zu Bürgerkriegen und zum Aufkommen der Reaktion. Aber auch wirtschaftlich wird die Diktatur nichts leisten; das zeigt das russische Beispiel. Des weiteren bespricht der Redner dann die Anträge, die dem Kongress vorliegen, die ja durch unsern Bericht über den Kongress bekannt sind. — Ueber die

Stellungnahme des Herausganges

zum Berliner Rätekongress sprach

Hg. Dr. Kraus: Für uns gilt es heute, nicht die Alternativen Kapitalismus und Sozialismus, sondern wie bauen wir den kapitalistischen Staat zum sozialistischen Staat. Wenn der Ruf nach den Räten bei uns aufgelaugt ist, so war dies nur die Forderung, daß, wenn das demokratische Ziel nun erreicht ist, das verkümmerte Volk auch das unmittelbare Mitbestimmungsrecht an der Durchführung der Sozialisierungsmassnahmen erhalten müsse. Mit dem Moment aber, wo wir das politische Parlament beiseite rücken und alle Macht den Arbeiterräten übergeben würden, würden wir die alte Zünfterwirtschaft des Mittelalters wieder einführen. Wir würden eine Vertretung von Interessengruppen schaffen. Das wäre Unvernunft, Unfug, ein Zurückfallen in die staatspolitischen Zustände des 16. Jahrhunderts. Alle Macht der A- und S-Räten würde die Klassendiktatur des Proletariats bedeuten, es würde dies gegen jede Demokratie verstoßen. Wir lehnen das Zweikammersystem, wie es Cohen und Kallert auf dem Berliner Rätekongress vorgeschlagen, ab. Das würde eine un-

nötige Verdoppelung der Regierungsgewalt bedeuten, eine Entwertung des politischen Parlamentes. Es gibt heute keine Sozialisierungsforderung, die lediglich wirtschaftliche Bedeutung hat, jede derartige Forderung hat auch eine politische Bedeutung. Das politische Parlament würde zur Bedeutungslosigkeit verdammt, wenn wir ihm den Einfluß auf wirtschaftliche Fragen nehmen würden. Wir müssen arbeiten, aufklären, agitieren, bis die sozialdemokratische Arbeiterklasse die Mehrheit hat und dann haben wir die legale Diktatur. (Sehr richtig.) Wie hat die Regierung auch bisher positive Arbeit leisten können, wenn der eine Minister, da Ordnung zu schaffen hatte, der andere dort einen Streit beilegen mußte, der dritte in Berlin zu verhandeln hat, der vierte im Ruhrrevier?

Die Regierung hat nun den § 34a der Reichsverfassung vorgelegt, in dem und dessen Begründung Alles gesagt wird, was irgendwie zur Rätefrage zu veranlassen ist. Der Artikel schlägt zwei Richtungen im Aufbau des Rätebaus vor, Betriebsräte und Wirtschaftsräte. Es wird von der Mehrheitsfraktion die Forderung gestellt, daß man vorsichtig sein muß im Aufbau der Räte, daß vor allem der Zusammenhang mit den Gewerkschaften nicht verloren geht. Es darf nicht kommen, daß, wie im Ruhrrevier, alte, betriebsräte Gewerkschafter auf die Seite gesetzt, ausgeschaltet werden, und junge, unerfahrene Leute, die sich bisher zum Teil noch nie um Gewerkschaftsfragen gekümmert haben das Wort führen. (Ausschrei.) Die Funktion der Arbeiterräte ist eine sozialpolitische im weitesten Sinne. In den Wirtschaftsräten arbeiten alle, die am wirtschaftlichen Aufbau interessiert sind, positiv mit. Ihre Aufgabe ist der Einfluß auf die Produktionspolitik. Sie sind Organe zur Ausführung der Sozialisierungsgesetze. Auch politische Rechte sind den Räten zugebilligt; alle sozialpolitischen Gesetzentwürfe werden ihnen vor Vorlage an den Reichstag zur Begutachtung vorgelegt. In diesem Geisteswandel der Regierung ist Alles vereinigt, was zur Zeit auf legalen Wege in Deutschland irgendwie erreicht werden kann. Zum Schluß seiner hochinteressanten Ausführungen schlägt Gen. Dr. Kraus folgende Resolution vor:

„Die 5. Landesversammlung der A-, S- und U-Räte Baden hat sich eingehend mit der Frage des Rätebaus beschäftigt. Sie lehnt die Räte als politische Körperschaften ab und stellt sich auf den Boden des von der Reichsregierung vorgeschlagenen und begründeten § 34a der neuen Reichsverfassung, die Schaffung von Arbeiter- und Wirtschaftsräten betr. Die Landesversammlung fordert die bad. Regierung auf, sofort im Benehmen mit der Landeszentrale und den Gewerkschaften ein Gesetz auszuarbeiten über die Arbeiter- und Wirtschaftsräte in Baden. Zugleich fordert die A-, S- und U-Räte die sofortige Einsetzung einer Sozialisierungskommission, welche die wirtschaftlichen Verhältnisse Badens zu prüfen und praktische Sozialisierungsvorschläge auszuarbeiten hat.“

Die Ausdrücke

Fröhlich-Durlach: Von praktischer Arbeit hat auf dem Kongress keine Rede sein können, weil die Arbeiterklasse nicht einig war. Mit der Art, wie die Streiks im Ruhrrevier beanstandet wurden, muß gebrochen werden, gewissenlos sind die Leute mit sinnlosen Versprechungen in den Streik getrieben worden. Wir sollten energischer die Bekämpfung der A- und S-Räte verlangen, denn solange der Kapitalist noch die Macht hat, besteht die Gefahr, daß die Arbeiterklasse an die Wand gedrückt wird.

Stolz-Ellingen: Wenn der Ruf nach den Räten immer noch ertönt, so deshalb, weil im Volk immer noch ein Mißtrauen besteht. Die A-Räte müssen bestehen bleiben, bis wir die Gewerkschaften, daß die Beamtenschaft in unserem Sinne arbeitet.

Reuber-Freiburg: Es wäre zu wünschen gewesen, daß auch ein Korreferent zu den heutigen Referaten bestimmt worden wäre. Einmal verwässertes als den § 34a der Verfassung kann es nicht geben. Den A-Räten geht vor allem das Kontrollrecht verloren. Die Betriebsräte tragen nicht ständig, das Kontrollrecht sollte ihnen deshalb gewahrt werden. Der Artikel § 34a wird jedenfalls nicht Gesetz werden, weil der Beschluß des Rätekongresses davon abgesehen ist, so dessen Durchführung der Zentralrat verpflichtet ist. Wir wollen heute nichts anderes beschließen als der Kongress in Berlin beschloß.

Hammerlag-Freiburg: Wir wollen den aus dem Offen gekommenen Rätegedanken und nicht nehmen lassen. Es gibt keine Zwischenstufe, die das Räteproblem neben dem Parlamentarismus aufrecht erhalten kann. Eine Diktatur ist zur Zeit nicht durchführbar. Was im Offen möglich ist, ist im Westen unmöglich. Im Offen haben wir es mit einem im Verhältnis zur Größe unbedeutenden Lande mit großen Bodenschätzen zu tun, hier bei uns jedoch bei geringen Bodenschätzen mit einem Volk, das auf Arbeitsverdienst und Arbeitskraft angewiesen ist, auf Fertigungsfabrikation von eingeführten Rohstoffen. Die kleine bürgerliche Schicht Russlands ist nicht imstande, der Arbeiterklasse ein Kartell zu bieten. Wir aber haben ein starkes Völkertum, die ganze abebe-

missche Jugend steht uns entgegen. Das bedingt die Unmöglichkeit der Durchführbarkeit des Rätebaus wie in Rußland.

Braun: Die Führer der Mehrheitspartei sollten mehr Opposition in den Parlamenten machen, aber auch die Radikalen von links sollten nachgiebiger werden; nötig wäre vor allem die Einigung der Arbeiterklasse. Die Internationale wird nie zustande kommen, wenn die Arbeiterklasse sich nicht einigt.

Schreyer: Die Arbeiterräte haben während der Revolution nicht das geleistet, was sie hätten leisten sollen. Wir haben uns in großen politischen Streitigkeiten verzettelt. Es muß wieder mehr Meinarbeit geleistet werden. Das würde werden, wenn wir heute eine zweite russische Revolution folgen ließen. Bringen wir uns die Massen auf unsere Gedanken, dann erreichen wir unser Ziel auf besserem Wege ohne den russischen Zusammenbruch.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Die Resolution Dr. Kraus wird mit großer Mehrheit angenommen.

Anträge und Wünsche.

Es liegen der Versammlung nun noch eine große Anzahl Anträge vor.

Ein Antrag verlangt die Zurücknahme der Ausweisung eines Genossen Jakobowitz aus Baden, angeblich wegen sozialistischer Umtriebe. Der Antrag wird dem Gesamtministerium überwiesen.

Ein weiterer Antrag verlangt die Erhöhung der Vergütung für die Mitglieder der Arbeiterräte von 10 auf 15 M. in Städten über 2000 Einwohner; auch dieser Antrag wird der Regierung überwiesen.

Ein Antrag auf Erhöhung der Tagelöhner der Delegierten auf 12 M. wird angenommen.

Ein Antrag lautet: Die Fälle häufen sich, daß gegen Mitglieder der A- u. S-Räte aus politischen Gründen Straf- und Zivilprozesse anhängig gemacht werden. Die Regierung hat beratliche Verfassungen (wenn sie nicht auf Verbänden beruhen) niederzuschlagen. — Der Antrag wird der Regierung überwiesen.

Ein Antrag verlangt die Festsetzung von Höchstpreisen für Perle; er wird ebenfalls der Regierung empfehlend überwiesen.

Der nächste Antrag lautet: Die heutige Landesversammlung der A-, S-, U- u. S-Räte Baden fordert von der badischen Regierung, daß sie sofort ein badisches Kriegsministerium auf demokratischer Grundlage bildet, das entsprechend dem § 4 der neuen Verfassung der militärischen Angelegenheiten Baden im Rahmen der Reichsgesetze erledigt. Dem Gen.-Sta. bleiben die rein taktischen Fragen zur Erledigung überlassen. — Das badische Kriegsministerium (Offiziere, Beamten, Unteroffiziere und Mannschaften) ist nur aus Badenern zu bilden. — Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Ein Antrag verlangt die Schulung der Frauen; er wird einstimmig angenommen.

Weiter wird beantragt: Die heutige Landesversammlung der A-, S-, U- u. S-Räte Baden bittet die Sozialisten der neutralen Staaten, mit allen Mitteln sofort dafür zu sorgen, daß das deutsche Kapital, das, um die junge deutsche Republik zu stabilisieren ins Ausland gezwungen ist, in gleicher Weise wie in Deutschland das Kapital besteuert wird bezw. zur Vermögensabgabe herangezogen wird. — Auch dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Von Genossen des Oberlandes wird verlangt, daß der Fremdenverkehr für den Schwarzwald, Emden und Mittelbaden in Anbetracht der äußerst schwierigen Lebensmittellieferung und des Hungertodes der Fremden in diesem Jahre vollständig unterbunden wird. Dem Antrag wird zugestimmt.

Der letzte Antrag wird ebenfalls der Regierung überwiesen; er lautet: Die Verfügung der Regierung, monach Mitglieder der A- u. S-Räte als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft beigegeben werden können, ist nachdrücklich zur Durchführung zu bringen, da viele Bezirksämter diese Verfügung nicht ignorieren.

Die Tagesordnung wird hiermit erschöpft, ein großer Teil der Delegierten hatte die Tagung bereits verlassen. Der Vorsitzende Erbschloß die Tagung mit bestem Danke an die bis zum Schluß Anwesenden.

Erwerbt das badische Staatsbürgerrecht

schähen, oder glaube er mit seiner ersten Drohung mich genug geschreckt — was ich bejorge, traf nicht ein; Katharina und ich waren am ersten wie an den andern Tagen von ihm umgeben. Einmal zwar trat er ein und schalt mit Katharina wegen ihrer Trauerkleidung, warf aber dann die Tür hinter sich, und wir hörten ihn bald auf dem Hofe ein Weiterstücken pfeifen. Ein andermal noch hatte er den von der Mütze an seiner Seite. Da Katharina eine heftige Bewegung machte, hat ich sie, auf ihrem Platz zu bleiben, und malere ruhig weiter. Seit dem Begräbnis habe ich einen fremden, Gruch mit ihm gekauert, hatte der Junker Kurt sich auf dem Hofe nicht gezeigt; nun trat er näher und beschaute das Bild und reichte gar schöne Worte, meinte aber auch, weshalb das Bildlein sich so sehr verummelt und nicht vielmehr ihr selbst klar in freien Loden auf den Boden habe walten lassen; wie es ein Engländerischer Poet so trefflich ausgedrückt, „rückwärts den Winden leichte Klüfte wehend.“ Katharina aber, die bisher geschwiegen, wies auf Herrn Gerhardus' Bild und sagte: „Ihr wisst wohl nicht mehr, daß das mein Vater war!“ (Fortsetzung folgt.)

Literatur.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 5. Heft vom 2. Band des 37. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Aufklärungsarbeit der Partei. Von Wilhelm Guste. — Das Seitenhandbuch ist reich! Aus der deutschen Kriegswirtschaft. Von Otto Bindner. II. (Schluß) — Parteien und Parteienpresse. Von F. Krenn. — Die Verbraucherverlämmerung auf dem Markte. Von Paul Destréac. — Neue Schriften zum Völkertum und Völkertum. Von A. Vorländer. — Literarische Rundschau: Professor Dr. v. Rothbart, Geschlechtskrankheiten und Ehe. Von Dr. v. Professor Dr. W. Prien, Steuer- und Anleihepolitik in England während des Krieges. Von Li. Georg Simmel. Lebensanschauung. Von A. W. — Religion: Deutschtum und Menschentum. Von Karl Vorländer. — Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 0.50 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 Pfg. Probenummern liegen jederzeit zur Verfügung.

Aquis submersus.

Novelle von Theodor Storm.

Zwischen, nachdem der Tag schon mehrere Tage geschlossen gewesen, geschah die Beizehung des Herrn Gerhardus drinnen in der Kirche des Dorfes, also das Erbverächtnis ist und wo ist seine Gebeine bei denen seiner Voreltern ruhen, mit denen der Götze ihnen dereinst eine fröhliche Urstunde wolle beschieren!

Es waren aber zu solcher Trauerfestlichkeit zwar mancherlei Leute aus der Stadt und den umliegenden Gütern gekommen, von Angehörigen aber fast wenige und auch diese nur engerter, machte der Junker Wulf der Rechte seines Stammes war und des Herrn Gerhardus' Ehegemahl nicht hiesigen Geschlechts gewesen; darum es auch geschah, daß in der Kirche alle wieder abgezogen sind.

Der Junker drängte nun selbst, daß ich mein aufgetragen Werk begönne, wogu ich droben in dem Wilderkaale an einem nach Norden zu gelegenen Fenster mir schon den Platz erwählt hatte. Zwar kam Val' Urjel, die wegen ihrer Wästel die Treppen nicht hinauf konnte, und meinte, es müge am besten in ihrer Stube oder im Gemach daran gesehen, so sei es uns beiderseits zur Unterhaltung; ich aber, solcher Gevatterlichkeit gar gern entlassend, hatte an der dortigen Westsonne einen rechten Malergrund dagegen, und konnte alles Neben ihr nicht nützen. Vielmehr war ich am andern Morgen schon dabei, die Nebensterne des Saales zu verhängen und die hohe Staffelei zu stellen, so ich mit Hilfe Dieterichs mir selber in den letzten Tagen angefertigt.

Als ich eben den Blendrahmen mit der Leinwand darauf gelegt, öffnete sich die Thür aus Gerhardus' Zimmer, und Katharina trat herein. — Aus was für Urach, wäre schwer zu sagen; aber ich empfand, daß wir uns diesmal fast erstickten gegenüberstanden; aus der schwarzen Kleidung, die sie nicht abgelegt, schaute das junge Antlitz in gar süßer Verwirrung zu mir auf.

„Katharina,“ sagte ich, „Ihr wisst, ich soll Euer Bild malen; duldet Ihr's auch gern?“

Da zog ein Schleier über ihre braunen Augensterne, und sie sagte leise: „Warum doch fragt Ihr so, Johannes?“

Wie ein Thau des Glückes sank es in mein Herz. „Mein, nein, Katharina! Aber sagt, was ist, worin ich Euch kann dienen? — Setzt Euch, damit wir nicht so mühsig überbracht werden, und dann sprich! Oder vielmehr, ich weiß es schon. Ihr braucht mir's nicht zu sagen!“

Aber sie setzte sich nicht, sie trat zu mir heran. „Denket Ihr noch, Johannes, wie Ihr einst den Wulst mit Euerem Bogen niederstosset? Das thut diesmal nicht noch, obichon er wieder so dem Neste lauert; denn ich bin kein Vögelin, das sich von ihm herrschen läßt. Aber, Johannes, — ich habe einen Blutsfreund, hilf mir wider den!“

„Ihr meint Eueren Bruder, Katharina!“

„Ich habe keinen andern. — Dem Manne, den ich hasse, will er mich zum Weibe geben! Während uneres Vaters langem Siebent habe ich den schändlichen Kampf mit ihm geführt, und erst an seinem Tode hab ich's ihm abgetrotzt, daß ich in Ruhe um den Vater trauern mag; aber ich weiß, auch das wird er nicht halten.“

Ich gedachte eines Stillsitzens zu Breeh, Herrn Gerhardus' einzigen Geldwärters, und meinte, ob die nicht um Schutz und Auskunft anzufragen sei.

Katharina riefte. „Wollt Ihr nicht mein Votum sein, Johannes? — Geschrieben habe ich ihr schon, aber in Wulst's Hände kam die Antwort, und auch erfahren habe ich sie nicht, nur die ausbrechende Wuth meines Bruders, die selbst das Ihr des Sterbenden erfüllt hätte, wenn es noch offen gewesen wäre für den Schall der Welt; aber der gnädige Gott hatte das geliebte Haupt schon mit dem letzten Erdendächseln zum Gebet.“

Katharina hatte sich nun doch auf meine Bitte mir gegenüber gesetzt, und ich begann die Urnisse auf die Leinwand zu zeichnen. So kamen wir zu ruhiger Beratung; und da ich, wenn die Arbeit weiter vorgeschritten, nach Hamburg mußte, um bei dem Holzschneider einen Rahmen zu bestellen, so stellten wir fest, daß ich alsdann den Umweg über Breeh nähme und also meine Botchaft ausdrückte. Zunächst jedoch sei emsig an dem Werk zu fördern.

Es ist gar oft ein seltsam Widerpiel im Menschenherzen. Der Junker wußte es schon wissen, daß ich zu seiner Schwöster stand; gleichwohl — hieß nun kein Stolz ihn, mich gering zu

Baden.

Die „Sozialistische Republik“

Die wichtigste Organ der Karlsruher Unabhängigen... Die „Sozialistische Republik“ unter die Lup. genommen.

Schäfer wird Gen. Minister Rückert von der „Sozialistischen Republik“ unter die Lup. genommen.

Die „Sozialistische Republik“ wird von dem Buchdrucker Dietrich als verantwortlichem Redakteur bezeichnet.

Der neue Tarifvertrag der Eisenbahner. In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses des badischen Landtags wurde vom Finanzminister der zwischen der Generaldirektion der Staatseisenbahnen und dem badischen Eisenbahnerverband...

Bruchsal, 5. Mai. In Müngesheim brachen vier verurteilte Verbrecher bei dem Landwirt Heinrich Schüle in der vergangenen Nacht ein.

Freistadt bei Rehl, 5. Mai. Das 24jährige Söhnchen einer hiesigen Familie stürzte in einen Topf mit kochendem Wasser und fand an den erstickten Brandwunden.

Furibangen, 4. Mai. Eine Volksversammlung des Volkstages nahm einstimmig eine Entschließung an, in der ein vollständiges Verbot des Fremdenverkehrs (Kurgäste) gefordert wird.

Konstanz, 4. Mai. Die Stadtverwaltung ist bekannt, daß im Monat Mai der Riter Schweizermilch 1.30 Mk. kostet.

Heidelberg, 6. Mai. Nach dem „Heidelberger Tagblatt“ ist in einem Lager der Militärverwaltung ein Vorrat von 1000 Gentnern Fett gefunden worden.

Heidelberg, 5. Mai. In Müngesheim stürzte der Maurer Leh Friedrich Reichert I von einem Gerüst ab und fand an der Verletzung.

Aus der Partei.

Der Aktionsausschuß zur Einigung des Proletariats.

Seit einigen Wochen reißt ein Dreimännerkollegium von Mannheim aus in den badischen Orten herum mit dem angeblichen Zweck, die in die verschiedenen sozialistische Richtungen gespaltene Arbeiterkraft wieder zu vereinigen.

Gerade zur rechten Zeit erhalten wir auch aus Rastatt einen Bericht, der unsere eben ausgesprochenen Vermutungen vollumfänglich bestätigt.

Rastatt, 3. Mai. Der Aktionsausschuß zur Einigung des Proletariats, der von Mannheim aus seine Agenten ins ganze Land schickt, um die Mitglieder unserer Partei zur Annahme jenes Programms zu bewegen...

Der Einigungsstempel dürfte mit dieser Feststellung unseres Rastatter Genossen wohl rechtlos aufgedeckt sein und unsere Genossen werden wohl die Konsequenzen ziehen.

m. Gagsfeld, 5. Mai. Die Maifeier nahm einen ruhigen und schönen Verlauf. Noch nie war der große Saal des Gasthauses zum „Babnhof“ so überfüllt wie an diesem Tage.

s. Spätk, 1. Mai. Die Maifeier ist bei uns in guter Ordnung verlaufen; trotz der schlechten Witterung fand ein Festzug durchs Dorf statt.

— Göttingen, 6. Mai. Da wichtige Geschäfte zu erledigen sind, verweisen wir nochmals auf die heute abend 8 Uhr bei Zehle stattfindende Bezirks-Ausschuß- und Vorstandssitzung.

— Untergrumbach, 3. Mai. Der erste Maientag war für das hiesige Klassenbewußte Proletariat nicht nur ein Feiertag, es war ein Festtag.

— Staufenberg, 3. Mai. Die hiesige sozialdem. Parteioorganisation hielt selbständig ihre Maifeier im Gasthaus zum „Sternen“ hier ab.

Niederbühl, 3. Mai. Unsere von der jugendlichen Partei veranstaltete Maifeier im Gasthaus zum „Girich“ erfreute sich eines regen Besuchs.

Niederbühl, 4. Mai. Am Mittwoch, 7. Mai, abends 1/8 Uhr, findet in der Wirtschaft zur „Eintracht“ Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt.

Bretten, 3. Mai. Die Maifeier nahm auch hier wie in allen Städten einen außerst würdigen Verlauf.

Soziale Rundschau.

— Rastatt, 5. Mai. Der Reichsbund der Kriegesbeschädigten, ehem. Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen, Bezirksvereinigung Rastatt, hält jeden Mittwoch 4.30 bis 5.30 und jeden Sonntag 11 bis 12 im Restaurant Groß in der Herrenstraße eine Sprechstunde ab.

Kommunalpolitik.

Bürgerausschüßung in Offenburg.

Offenburg, 29. April. In der gestern stattgefundenen Bürgerausschüßung fanden 5 Punkte zur Beratung. Bevor in die eigentliche Tagesordnung eingetreten wurde, machte der Oberbürgermeister einige Mitteilungen über eingegangene Anfragen; u. a. über die Verwendung der Pfaffenweine...

Als 1. Punkt der Tagesordnung stand eine Ausgabe von 30000 M für Heranziehung von Industrie zur Verlegung. Durch eine Anfrage des Stadts. Beirats, ob schon jemand für diese Sache in Aussicht genommen sei, erklärte der Vorsitzende, daß Ingenieur Jander bereits für diesen Posten engagiert sei.

— Baden-Baden, 1. Mai. Der Bürgerausschuß hat in seiner letzten Sitzung eine Erhöhung der Gaspreise der Straßenbahn vorgenommen.

— Mühlheim, 2. Mai. Der Bürgerausschuß hat dem städt. Vorschlag zugestimmt. Die Umlage wird nicht, wie vorgeschrieben, sondern 81 Pf. betragen.

— Gudenheim, 1. Mai. Für Notstandsarbeiten hat der Bürgerausschuß in seiner letzten Sitzung einen Kredit von 100 000 M bewilligt.

Voranschlagsberatung in Karlsruhe.

Erster Tag.

Zu seiner letzten Voranschlagsberatung wurde heute mit Tag das Karlsruher Dreiklassenparlament zusammenberufen. Der Besuch war ein der Wichtigkeit der Sache keineswegs entprechender, ein Zeichen, daß es hohe Zeit ist, den jetzigen Bürgerausdruck durch einen neuen zu ersetzen.

Nach Erledigung einiger kleinerer, jedoch nicht unbedeutender Punkte, die einstimmige Annahme fanden, wurde in die Voranschlagsberatung für das Jahr 1919 eingetreten. Oberbürgermeister Siegrist entrollte in seinem ausführlichen und groß angelegten Exposé das nicht anders erwartete trübe Bild über die wirtschaftliche und finanzielle Lage unserer Stadt. Es war ein Bild, das uns so recht die Folgen des Krieges vor Augen führte. Wirtschaftlicher Niedergang, immer höher steigende Ausgaben, denn nicht in gleichen Maße die Einnahmen folgten. Und noch kein Ende! Die in unserem Blatte mitgeteilte Umlagerhöhung reicht nicht aus, sie muß noch weiter hinaufgeschraubt werden. Der Oberbürgermeister wies aber auch darauf hin, was getan werden muß, um der Stadt zu neuem Aufschwung zu verhelfen. Alles hänge jedoch vom Frieden ab.

Die Parteien halten berabredet, daß von jeder Fraktion nur ein Redner zum Wort sprechen solle. Den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion vertrat in geschickter Weise Gen. Schwerdt. Er schloß aus der Praxis — für die Praxis. In treffenden Worten liest er an einzelnen Positionen berechnete Kritik, so am Ernährungs- und Wohnungswesen, nahm die Arbeitslosen gegen bekannte Angriffe in Schutz, ging dazu über, die sozialdemokratischen Forderungen der Gegenwart zu betonen, um jedoch die Zukunftsvorstellungen derselben darzulegen. Wir verlangen nach wie vor Erfüllung unserer prinzipiellen Forderungen, direkte Besteuerung anstelle der indirekten.

Abends 9/9 Uhr wurde die Sitzung auf heute Dienstag nachmittags 4 Uhr vertagt.

• Karlsruhe, 5. Mai.

Oberbürgermeister Siegrist eröffnet die Sitzung. Anwesend sind 67 Mitglieder des Kollegiums, die Sitzung ist also kaum beschlußfähig. Vor Eintritt in die Tagesordnung bespricht der Oberbürgermeister eine Anfrage des Stadts. Leucht, was die Stadtverwaltung zu tun gedenke, um das durch den Pferdefleischverkauf verursachte Defizit von 100 000 M. auszugleichen. Ob Siegrist erläutert die Gründe des Verlustes, hofft aber auf eine kleine Besserung für die Zukunft.

Eine weitere Anfrage des Stadts. Krautmann betrifft die gleichen Verhältnisse auf der Altstadt. Nach den Ausführungen des Oberbürgermeisters besteht wenig Aussicht auf Besserung des Betriebs für die nächste Zukunft. Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein. Der erste Punkt betrifft

Bekanntmachung der Rechnungen der städtischen Spar- und Sparkassen und der Schulsparkasse für 1917

und wird ohne Debatte genehmigt. — Beim 2. Punkt: **Ausführung von Kostendarstellungen** im Gesamtbetrag von 199 070 M. wünscht Stadts. Hermann weitere Fortführung der Lasten nach der Winterstraße. — Stadts. Krufe regt an, daß bei den Kostendarstellungen auch an die Schenkenanmeldung gedacht wird, worauf Gen. Werner-Rintheim die Hoffnung ausdrückt, daß die geplanten Bauten ausgeführt und auch für Rintheim die Kanalisation durchgeführt wird. Die Vorlage findet hierauf einstimmige Annahme.

Der 3. Punkt betrifft

Ausweisungen für die Erwerbslosenfürsorge.

Nach kurzer Begründung der Vorlage wünscht Stadts. Sturm, den Betrag vorerst nur für das laufende Rechnungsjahr einzustellen. — Stadts. Krufe verwahrt sich dagegen, daß besonders Erwerbslose zum Eintritt für die freiwilligen Bataillone aufmerksam gemacht werden. Des weitern bemängelt er, daß so viele Selbstverfänger vom Lande zur Arbeit in die Stadt gehen und dadurch noch mehr Erwerbslose in der Stadt herbeiführen. — Gen. Hipp fordert ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen. Die beste Erwerbslosenfürsorge sei jedoch Arbeit und hier müsse alles geschehen, die Erwerbslosen unterzubringen. — Stadts. Sturm polemisiert gegen Stadts. Krufe wegen den freiwilligen Bataillonen, worin er vom Bürgermeister Hofmann unterrichtet wird. — Stadts. Wöhringer bemerkt, daß, wenn produziert werden soll, unbedingt Kohle gebraucht werde, die Streiks in letzter Zeit dies jedoch verhindern. — Punkt 4:

Auswerdensichtiger Aufwand im Jahre 1919, Aufrechterhaltung von Kreditlinien und Genehmigung von Kreditüberreitungen

wird mit der

Vertagung des Voranschlags

vertagt, zu dem Ob. Siegrist ein ausführliches Exposé gibt. Einleitend macht er die betriebl. Mitteilung, daß die Umlage noch mehr erhöht werden müßte, wie vorhergesehen. Der Grund für die notwendige Erhöhung liegt lediglich in den seit der erstmaligen Festsetzung erhobenen neuen Forderungen der Beamten und Arbeiter. Die Beamten fordern nicht nur eine abermalige Leistungszulage von 500 M. für den Kopf, sondern auch die Erhöhung der laufenden Leistungszulage für alle diejenigen besser bezahlten Beamten, die nach dem Beschluß des Bürgerausschusses vom 7. März weniger als 700 M. Erhöhung erhalten haben. Mit den Arbeitern schweben Verhandlungen über einen Tarifvertrag, die dem Abschluß nahe sind. Der Bürgerausdruck wird sich daher noch vor den Neuwahlen mit ihm zu befassen haben.

Daß die Gründe für die unerhöhte Steigerung des Steuerbedarfs nicht in willkürlicher oder ganz leichtfertiger Ausgabenwirtschaft liegen, sondern lediglich in der entsetzlichen Teuerung und der dadurch bedingten fortgesetzten Steigerung der Material- und Personalallogen bedarf keiner weiteren Darlegung. Keine Finanz- und Verwaltungskunst kann selber hieran etwas ändern. Noch im Jahr 1916 haben beispielsweise die Ausgaben für Kohlen im Gesamtvoranschlag sich auf 1 200 000 M. gestellt, jetzt müßten dafür 3 750 000 M. eingesetzt werden. Aber niemand weiß, ob wir damit auskommen, und das schlimmste ist, daß wir für den hohen Preis weit schlechtere Kohlen mit geringer Ausbeute erhalten. Die Ausgaben für das Fahrpersonal der Straßenbahn sind ebenfalls bedeutend gestiegen. Die Schulden der Stadt, die auf 31. Dezember 1918 88 Millionen Mark betragen, haben auf 31. Dezember 1918 die Höhe von 89 Millionen Mark erreicht. Das Reinergebnis der Stadt, das nach dem Geschäftsbericht von 1918 auf 86 Millionen Mark berechnet, belief sich nach dem Abschluß von 1917 auf rund 88 Millionen Mark. Es ist im Krieges nicht nur eine beträchtliche Vermehrung der Schulden, sondern auch eine Verminderung des Vermögens eingetreten. Die Schuldvermehrung des Jahres 1918 rührt nicht von der Tätigkeit des jetzigen Kommunalverbandes der Stadt. Denn insgesamt hatten die sämtlichen mit der Wirtschaft des Kommunalverbandes betrauten Stellen (Nahrungsmittelamt, Fleischamt, Kartoffelamt, Viehhaltungsstelle u. a.) bei einem Gesamtumsatz von etwa 87 Millionen Mark nicht nur kein Defizit, sondern sogar eine kleine Übersch-

Überschlag von 80 000 M. Die Unfreundlichkeit vieler gegen den Kommunalverband ist nicht angebracht, da nicht er, sondern unsere Feinde schuld seien an der Lebensmittelnot. Redner wendet sich hierbei besonders gegen den Wadaufwurf der „deutsch-nationalen Volkspartei“. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft in jetziger Zeit kann kein erster Mann wünschen. Weiter streift Redner eine andere politische Streitfrage, über die gleichfalls irreführende Behauptungen in dem genannten Aufsatz zu finden sind. Es wird dort angedeutet, die Stadterhaltung bezüchtigte, eine Reihe von Handwerksbetrieben zu kommunalisieren, so das Räder-, das Metzger- und das Baugewerbe. Wir ist von einer derartigen Absicht der Stadterhaltung bis jetzt nichts bekannt geworden.

Einig ist der Stadtrat in dem Beschluß, die öffentliche Wasserversorgung auch nach Aufhebung der Zwangswirtschaft aufrecht zu erhalten, nicht als eine Gemeindevorrichtung, sondern durch Ausbau der schon vor dem Kriege errichteten Gesellschaft m. b. H. an der freilich die Stadt nach wie vor Hauptbeteiligte sein muß, an der nun aber auch der landwirtschaftliche Genossenschaftsverband und die Milchhändler-Genossenschaft beteiligt werden sollten. Diese Gesellschaft soll allerdings allein berechtigt sein zum Mißbrauch und Mißvertrieb in der Stadt und hierzu ist allerdings die Errichtung des sogenannten „Kommunaleigentums“ notwendig. Ob dann in Zukunft etwa andere Versorgungs-Gebiete in weiterem Maße in gemeinwirtschaftliche Form gebracht werden, hängt ganz von der Gestaltung der Verhältnisse ab, insbesondere davon, ob die rein privatwirtschaftlichen Betriebe in der Lage sein werden, die Bevölkerung ebemäßig und billig zu versorgen, wie dies von einheitlich organisierten Unternehmen erwartet werden könnte.

Die Familienfürsorge allein belästete uns im Jahre 1918 mit 3 894 628 M., wozu noch sonstige Ausgaben aus Anlaß des Krieges (insbesondere Zuschüsse zu den Kosten der Milchversorgung) und für außerordentliche einmalige Teuerungszulagen in Höhe von 1 151 920 M. kommen. Insbesondere macht auch die Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen der Stadt beträchtliche Ausgaben, die nicht dauernd aus Anleihen bestritten werden können. Veranschlagt man, daß durch die Fortdauer dieser unerfreulichen Bewegung der Steigerung der Schulden bei Stillstand oder Winderung des Vermögens unser Gemeinvermögen aufgezogen wird, während wir gleichzeitig in den nächsten Jahren auf einen beträchtlichen Rückgang der Steuererträge, insbesondere der gewerblichen Kapital- und Vermögenssteuer zu rechnen haben, so ergibt sich leider ein sehr unzureichendes Ausmaß für die künftige Finanzlage der Stadt. Nun kommt aber noch hinzu, daß die Städte heute keineswegs mehr Herr ihrer Finanzen sind. Reich und Staat sind fortgesetzt an der Arbeit, den Gemeinden, ohne sie auch nur zu fragen, neue schwere Pflichten auferlegt.

Die Staatsumwälzung hat neue Aufgaben für die Stadt Karlsruhe mit sich gebracht. Im einzelnen möchte ich hier vor allem das bisher vom Hof aus Mitteln der Zivilhilfe unterhaltene Landtheater erwähnen. Wie schon seine neue Bezeichnung sagt, besteht bei der Regierung die Absicht, das Theater als Landesanstalt zu erhalten und wir dürfen uns wohl der Hoffnung hingeben, daß auch der Landtag diese Absicht gutheißt und die Mittel bewilligt, die zur Erhaltung dieses bedeutsamen kulturellen Instituts im Landesinteresse erforderlich sind. Ueber die Höhe des von der Stadt zu leistenden Beitrags schweben noch Verhandlungen. Der Stadtrat ist der Meinung, daß der Stadt Karlsruhe kein höherer Zuschuß auferlegt werden sollte, als der Stadt Stuttgart, d. h. 250 000 Mark. Um übrigen sollen die Neuordnung der künstlerischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landestheaters eingeleitet werden.

Neben anderen Kultur- und Kunstfragen wird auch die Erhaltung und Benutzung des Schlosses und seiner Nebengebäude, des Schlossparks, des Schlossgartens mit Kolonnaden, des Waldparks und Harthauswäldes ihrer Lösung harren. Ich nenne weiter die Neuordnung des sehr zurückgebliebenen staatlichen Sammlungswesens.

Die Stadt Karlsruhe steht in einer kritischen Phase ihrer Entwicklung. Die Verkehrsfragen müssen gelöst werden; so haben wir wieder zunächst erreicht, daß der Ausbau der Murgaltalbahn von Mannheim bis Klosterreichenbach-Freudenstadt alsbald in Angriff genommen ist. Für den Verkehr nach unferem Hafen ist dies beinahe von größter Bedeutung. Sobald die Pfalz wieder zugänglich ist, müssen auch die Verhandlungen über die Erhaltung der festen Rheinbrücke wieder aufgenommen werden. Im Stadtgebiet selbst steht immer noch die endgültige Gestaltung der Stadtbahnanlagen im Westen und Südwesten der Stadt offen (Westbahnhof Mühlburg).

Die Staatsumwälzung übt aber nicht nur Wirkung auf die wirtschaftliche Lage der Stadt, sondern auch auf ihre Verfassung aus. Es sind auch bereits Veränderungen im Gange über die durchgreifende Neuordnung der Städte-Ordnung. Es steht dahin, welche Gestalt die Selbstverwaltung danach annehmen wird. Mein Wunsch geht in dieser Beziehung dahin, daß unter Beibehaltung der bewährten demokratischen Grundzüge die Gewährleistung größtmöglicher Kraftigung und Bewegungsfreiheit der Verwaltungsorgane erreicht wird, da nur so die rationelle Gestaltung unserer großen wirtschaftlichen Betriebe geschaffen werden kann. Unter allen Umständen aber muß den Städten entsprechend dem in die neue Staatsverfassung § 20 aufgenommenen Grundrecht das Recht der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung in weitem Umfang als bisher zugesprochen werden. Der Oberbürgermeister weist jedoch die Frage der Vereinigung von Baden mit Württemberg. Ihm ist der Standpunkt der Württemberg sehr begründlich schon wegen unserer Lage am Rhein und den Rheintälern. Die Badener sollen sich die Sache selbstständig überlegen. Wir haben noch keinen festen Boden unter unseren Füßen. Das erste und friedliche Ziel liegt uns an der Zukunft. Die nächsten Tage werden auch für unsere Stadt und ihre Zukunft schicksalhaft sein. Auch wir wollen keinen Frieden, der unser Volk politisch und wirtschaftlich der Politik der feindlichen Mächte preisgibt. Noch wollen wir aber hoffen, daß unsere Gegner gezwungen werden, vor unferem guten Recht Halt zu machen und sich den von ihnen selbst so emphatisch proklamierten Grundätzen der Gerechtigkeit und Freiheit und Selbstbestimmung für alle Völker auch selbst zu beugen! Auch dann aber wird die Zeit schwerer Not, in der wir leben, keineswegs so bald beiseite sein. Diese Not aber gebietet jedem Einzelnen wie auch dem städtischen Gemeinwesen vor allem, sich nach der so viel länger gewordenen Dede zu strecken. Nur die stillen Kräfte unseres Volkes, die sich in seinen Arbeitsleistungen offenbaren, müssen unser verarmtes Land und Volk allmählich aus dem betrüblichen Tiefstand und Elend unserer Zeit wieder heben werden. So muß heute jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau es als höchstes vaterländisches Gebot erkennen, das höchste und Beste an Rüstfertigkeit, insbesondere an Arbeit zu leisten. Die Gesamtheit soll es sich zur Pflicht machen, auf jede Weise die stillen Kräfte zu stärken und zu beleben, Arbeit zu schaffen, die den größten wirtschaftlichen Erfolg zu sichern und alle Arbeitskräfte auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten. Dies muß auch für die Stadterhaltung die maßgebende Richtlinie ihrer Tätigkeit sein. Wäge sie dabei die Interessen der gesamten Bürgergesellschaft ab. Wenn die großen sekundären Anforderungen, welche wir in diesem Jahre des traurigen Unglücks an unsere Mitbürger stellen müssen, in diesem Sinne Verwendung finden und ihre Wirkung üben, dann dürfen wir hoffen, in den kommenden Jahren allmählich wieder zu erfreulicheren Aussichten in unsere Zukunft zu gelangen.

Damit bitte ich um Annahme der Anträge des Stadtrats.

Stadts.-Obmann Frey

als erster Redner weist eingangs seiner Ausführungen auf die betriebl. finanzielle Lage und die notwendige Erhöhung der Umlagen hin. Erst der unglücklich ausgegangene Krieg hat uns in diese schwere Lage versetzt. Es fehlt jetzt auch an der Bewegungsfreiheit, verursacht durch die Zwangswirtschaft. Wir müssen zusammenhalten, nicht zu viel theoretisieren. Die Sucht nach Revolutionen hat auch der Revolutionenzeit ihren Stempel aufgedrückt. Die Zahlen des Voranschlags zeigen deutlich die Fieberkurven an unserer Volkswirtschaft. In Karlsruhe sind keine Betriebe mehr, die vorwärts kommen, wir in dieser Hinsicht an der Grenze der Wirtschaftlichkeit. Wir werden nicht mehr hierher kommen. Der Tag wird hoffentlich nicht mehr fern sein, wo auch die Handwerker einander die Hand zu genossenschaftlicher Arbeit geben. Die Entlohnung der geleisteten Arbeit wird eine wichtige Frage sein. Eine wichtige Frage ist auch die Beschäftigung der Kriegshinterbliebenen. Sein Anspruch auf Entlohnung muß im Verhältnis stehen zur Arbeitsleistung. Die weiblichen Arbeitskräfte können nicht ohne weiteres entlassen werden. Die Zahl der bei der Stadt Beschäftigten steht nicht mehr im Einklang mit der zu leistenden Arbeit.

Redner spricht dem Oberbürgermeister, den Bürgermeistern, den Stadträten, Beamten und Arbeitern den Dank für ihre Tätigkeit aus, die den bescheidenen Zustand der Stadt, Betriebe verursacht haben. Auch der Behörde und den Rinderärzten sei für ihre Jugenderziehung gedankt, auch den Mitarbeitern in der Stadtverwaltung. Eine Ueberführung von der Zwangs- zur freien Wirtschaft ist nicht angängig. Ueber die Kriegs- und landwirtschaftlichen Betriebe sollte noch mehr Aufklärung gegeben werden. Die Kunst muß auch weiterhin gepflegt werden. Die Ausgaben für die Schulen sind gewaltig, aber das angelegte Kapital rentiert sich. Das Wohnungswesen, Schaffung eines Gesundheitsamtes muß am Herzen liegen. Der Weg der bisherigen Selbstverwaltung kann nicht auf der Dauer beibehalten werden. Eine Umgestaltung kann nur auf dem Wege der Staatsübernahme erfolgen. Die neue Städteordnung muß auch für den Bürgerausdruck mehr Bewegungsfreiheit bringen.

Stadts. Gen. Schwerdt:

Wir stimmen dem Antrage des Stadtrats zu. Aber nicht gerne verzichten wir auf Einzelberatung. Wenn die Stadt Karlsruhe keine größeren Verluste zu beklagen für Karlsruhe entstanden, so wären sie zu verschmerzen. Der Voranschlag spiegelt das Bild des wirtschaftlichen Niedergangs. Die

Tilgung der Schuldenlast

hat durch direkte Steuern zu erfolgen. An dem Aufschwunge der Stadt wird die Arbeiterkraft ihr Möglichstes tun. Erfreulich ist die jetzige Einschätzung der Arbeit. Wir verlangen Besserung unserer jetzigen wirtschaftlichen Lage. Gen. Roth hat schon vor 20 Jahren vor einer Reduzierung der Umlagen gewarnt, um event. Ueberflüsse als Reservefonds anzulegen, heute wären wir froh, aus diesen schöpfen zu können. Das Wohnungsamt sollte sich entschließen, einen anderen Modus der Festsetzung von ausländischen Wohnungsmitteln zu finden. Der Reichere sollte für die Lebensmittel mehr bezahlen als der Arme. Die in der Presse gegebenen Anregungen wurden nicht befolgt. Das Kriegsspeisungsamt hat Zuschüsse nötig. Den Teilnehmern an der Kriegsspeisung sollten dort keine Kartoffelmarken abgenommen werden. Das

Wohnungsstellen

muß von der Lab. Regierung, besonders gegenüber der Militärbehörde, energischer bekämpft werden. Die Stadtverwaltung sollte aber auch von ihrem Recht, größere Wohnungen in kleinere zu teilen, mehr Gebrauch machen, jedoch z. B. nicht ein vier jähriger Lehrer auswärts wohnen muß.

Die Höhe der städt. Arbeiter und Beamten sind nicht zu hoch, die Besserung der Erhöhung der Umlagen durch die Erhöhung der Steuern ist nicht angebracht. Das Verwaltungssystem muß vereinfacht werden, mehr positive Arbeit ist erforderlich. In weiten Kreisen wird davon gesprochen, daß der neue Geist noch nicht auf dem Karlsruher Rathaus gespürt wird. Die durchgehende achtstündige Arbeitszeit ist durchführbar, wie die Praxis beweist. — Bezüglich der Volksschule verlangen wir die

Einheitschule,

auch die Fernmittelschule muß abgelehnt werden; prinzipiell verlangen wir vollständige Fernmittelschule und Unentgeltlichkeit des Schulbesuchs. Aussicht für das befähigte Kind in die höhere Schule ist eine alte Forderung von uns. In den Vororten sind Schulhäuser notwendig. Die Gewerbeschule muß auch für die Buchdrucker den Werkschulunterricht bringen.

Vom Krankenhaus werden Klagen laut über schlechte Verpflegung in der 3. Klasse. Mit den Zulagen muß man bei der 3. Klasse anfangen. In der Bekleidung sollte es keine Klassen geben. Wir können einer weiteren Steigerung der Verpflegungskosten nicht mehr zustimmen. — Im Bekleidungsamt müssen die Klassen verschwinden. Die steigende Tendenz der Einkommensteuern für den Stadtgarten machen wir nicht mehr mit, die billigen Sonntage müssen wieder eingeführt werden. Das Baden im Bierordbad ist zu teuer, die Gesundheitspflege wird dadurch geschädigt. Für die Krankenkassen wirken die hohen Preise sehr schädlich, wir verlangen eine Revision des Tarifs. Ein Wunsch der Freien Turnerschaft geht dahin, anstelle des bisher getriebenen Turnplatzes wieder einen erhalten. Die stetige Steigerung der Fleischpreise ist nicht am Platze. Der ständige Steigerung der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserpreise werden wir nicht mehr zustimmen. Den Ausbau des Rheinbafens begrüßen wir schon im Interesse der Arbeitslosigkeit. Es ist nicht wahr, daß Arbeitslose Arbeit bekommen können, wenn sie wollen. Es ist unsere Pflicht, die Arbeitslosen zu unterstützen. Die halbmonatliche Inbetriebnahme der Straßenbahn durch die Müppurstraße hat zu erfolgen. Nach den Vororten müssen die Linien ausgebaut werden, weiterhin nach den angrenzenden Dörfern. Für Daxlanden sollte der halbmonatliche Betrieb eingeführt werden. Die Oststadt ist mit dem Hauptbahnhof schlecht verbunden. Vornehmeres Benehmen gegen die Straßenbahnpassagiere ist am Platze, auch von der „besseren“ Gesellschaft. Leute, die vier Jahre beim Militär waren, alle für den Schützengraben für nicht zu alt waren, müssen auch bei der Straßenbahn eingestellt und nicht abgewiesen werden wegen hohen Alters, die Arbeitsfähigkeit entscheidet. Ein Befehlshaber fordern wir, ebenso ein Heim für werdende Mütter. Im Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus müssen auch Lebewe aufgenommen werden. Die Errichtung eines Lehrlingsheims muß angelehnt werden. Für die beim Fliegerunfall Betroffenen muß der Fonds für die Verwendung finden, die davon betroffen. Die Frage, ob und wann dies erfolgt, ist angebracht. Die sozialdem. Fraktion statet den

städtischen Beamten und Arbeitern

für ihre Tätigkeit den Dank ab. Der eingereichte Tarif muß wohlwollend genehmigt werden. Die Forderungen sind gerecht. Die Arbeiter und Beamten dürfen wegen ihrer politischen Tätigkeit nicht mehr ignoriert werden. Mögen die Arbeiter und Beamte vom neuen Geist der Zeit befeuert sein zum Wohle der Allgemeinheit. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Als nächster Redner sprach noch Stadts. Reimann, dessen Ausführungen wir morgen freieren werden.

Schluß der Sitzung 9/9 Uhr. Heute Dienstag mittags 4 Uhr Fortsetzung.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 6. Mai.

Der billige Jakob.

Wer kennt die Figur des billigen Jakob auf der Messe nicht, der allerhand Krimskrams zu billigen Preisen anbietet...

So ähnlich sieht der Aufruf des Wahlschusses der Deutsch-Nationalen Volkspartei (christliche Volkspartei) zu den bevorstehenden städtischen Wahlen aus...

Partei im Saale des „Friedrichshof“ stattfindet. Es werden zwei Redner sprechen, die noch bekanntgegeben werden...

Bezirk Weststadt. Die Kommissionsmitglieder und Strafenobsteuere werden auf Mittwoch punkt 1/2 8 Uhr abends in den „Tragoner“ zu einer sehr wichtigen Sitzung eingeladen...

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Karlsruhe E. V. feiert am Sonntag bei der romantischen Klostermauer „Barbarakapelle“ bei Angersteinbach sein 10. Gründungsfest...

Reichsbund der Kriegsgeschädigten und Kriegsteilnehmer, Ortsgruppe Karlsruhe. In letzter Zeit mehren sich die Klagen der Frauen, deren Männer sich heute noch in Kriegsgefangenschaft befinden...

Tarifvertrag, 7 Uhr-Abendabschluss in den Apotheken. Am 1. Mai tritt der zwischen den Besizenden und Angestellten Apothekern vereinbarte Tarifvertrag in Baden in Kraft...

Gemüßknappheit. Allgemein hört man in diesem kalten Frühling Klagen über Mangel an frischen Gemüßen und Salat. In einer solchen Zeit sollten die wahren Gemüße viel mehr als bisher ausgebeutet werden...

Frauenarbeit im Staatsbetrieb. Man schreibt uns: An Zeitungsartikeln, Resolutionen und auch durch Erlass des Staates selbst, wird immer wieder gefordert, daß den Kriegsinvaliden Arbeit gegeben wird...

Sportvorstellung. Die von der Karlsruher Athleten-Gesellschaft vom letzten Sonntag veranstaltete Sportvorstellung in der „Balkalla“ nahm einen überraschend guten Verlauf...

Kompositionabend Arthur Kautzer. Am Samstag, 10. Mai, veranstaltet der Karlsruher Komponist Arthur Kautzer im großen Saal der Festhalle seinen zweiten Kompositionabend unter Mitwirkung von Hrn. Sajib, einer Streichquartettvereinigung...

Konzerthaus. Wegen Erkrankung von Franz Schwerdt heute Dienstag, 6. Mai, nicht. Eine Nacht in Benedig, sondern Die Geadasfirtin. 7 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Hauenerbein. Die Karte kam Mittwoch mittag 1/2 11 Uhr bei uns an, Poststempel: Karlsruhe, 30. 4. 19. Die Karte konnte also nicht mehr gebracht werden...

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. (Sängerbund „Vorwärts“ und „Lassalla“). Heute abend 7 Uhr Verwaltungssitzung, 8 Uhr: Singkruke im „Grünen Hof“ (Ede Rippurter- und Kriegstraße). Er-scheinen vorgeschrieben.

Öffentliche Wählerversammlung. Es wird heute schon darauf hingewiesen, daß am Freitag, 9. Mai, die erste öffentliche Wählerversammlung der sozialdemokratischen

Unsere Leser und Leserinnen werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die Inserenten des Volksfreund.

Gleichenleiden dauernde Beseitigung durch deutsch. Reichsp. Prof. Dr. Carl G. Wierand München 26 C. 1100. Lehrende Fachbücher für Handwerker, für Meister, Lehrling oder Geselle. Illustrierte Kataloge kostenfrei. Preis M. 1.45 frei Nachn. Volksverlag für Politik und Verkehr Stuttgart (P. Maxenstraße 15).

Kundenliste für Speck- und Fettverteilung.

Den neuen Lebensmittelmärkten für die Verordnungsperiode Nr. 11/12 lag für jeden Haushalt eine besondere Speck-Ausweiskarte bei und zwar für Haushalte bis 3 Personen eine Speckausweiskarte A (rote Farbe) mit 4 oder mehr Personen eine Speckausweiskarte B (gelbe Farbe). Diese Speckausweiskarte besteht aus 2 Abschnitten der Ausweiskarte selbst und einem Anhang. Auf der Ausweiskarte und dem Anhang ist die Personenzahl des Haushaltes eingetragen. Name und Wohnung ist auf beiden Abschnitten vom Haushaltungsvorstande selbst einzutragen. Die Speckausweiskarte dient zur Anlegung einer Kundenliste für Sonderverteilungen von Auslandswaren (Speck und Fett). Jeder Haushalt hat sich mit der Speckausweiskarte bei demjenigen Metzger- oder Wurstereigeschäft, bei dem er zum Bezug von Fleisch oder Wurst angemeldet ist, eintragen zu lassen. Die Eintragung erfolgt in der Weise, daß der Speckausweiskarte angehängte Anhang abgetrennt und im Metzger- oder Wurstereigeschäft abgegeben wird. Das Geschäft hat bei der Anmeldung und Entgegennahme des Abschnittes auf die in den Händen des Haushaltes verbleibende Ausweiskarte an der hierfür vorgesehenen Stelle einen Abdruck der Verteilungszahl (Geschäftsnummer) aufzulegen. Die Speckausweiskarte mit der vom Verteilungsgeschäft aufgegebenen Nummer hat dem Haushalt beim Einkauf als Ausweis dem Verkaufsgeschäft gegenüber zu dienen. Die Anmeldung in den Geschäften hat zu erfolgen: am Donnerstag, den 8. und Freitag, den 9. Mai, in den Stunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und 2 bis 4 Uhr nachmittags. Die Metzger- und Wurstereigeschäfte haben die eingenommenen Abschnitte ebenfalls mit einer Geschäftsnummer zu versehen und bis spätestens Montag, den 12. Mai, bei der Kartenstelle, Kartenrückmeldung, abzugeben. Karlsruhe, den 6. Mai 1919. 3290. Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

T.-Verein Die Naturfreunde Ortsgruppe Karlsruhe E. V. Einladung. Hierdurch laden wir die gesamte Arbeiterschaft von Karlsruhe und Umgebung sowie alle übrigen Ortsgruppen zu unserer am Sonntag den 11. Mai d. J. stattfindenden 10. Gründungsfeier freundschaftlich ein. Die Feier findet an der Klostermauer Barbarakapelle bei Angersteinbach unter Mitwirkung des Musikvereins Harmonie, Gesangsvereins Typographia und der Freien Turnerschaft Karlsruhe statt. 3292. Bestreder: Gründungsmitglied Minister Leopold Rüder. Abfahrt vom Albtalbahnhof nach Wulfenbach 7.48 Uhr. Rückfahrt von Wulfenbach 8.38 Uhr. Umtauschfahrkarten hierzu à 1.20 M. bei allen Ausweisstellen, im Vereinslokal, Gambianushalle und bei Mitglied Kesselfauf, Papierhandlung, Schützenstraße. Der Vorstand. NB. Der Umtausch gegen die Fahrkarten erfolgt von Samstag nachmittags 4 Uhr ab im Vereinslokal und 1 Stunde vor Abfahrt des Zuges am Albtalbahnhof. Mandolinen, Gitarren, Zithern, Hreharmonikas, lauft 2909. Levy Au- und Verkaufsgeschäft, Markgrafenstraße 22. Ausgetamte Frauenbaare lauft 2909. Oskar Becker, Haarbldg., Kaiserstr. 22.

Kleiner Herd, wenig g'braucht, 2 Kochlöcher, Schiff und Messingstange, wegen Platzmangel billig zu verkaufen. 8288. Coronie für alles. Karlsruhe - Rippurter, Kaiserstraße 21. Ratgeber für deutsche Auswanderer, Preis M. 1.45 frei Nachn. Volksverlag für Politik und Verkehr Stuttgart (P. Maxenstraße 15). Geld auch größere Verträge verleiht 3293. Ad. Friß, Hamburg 24. Hasen-, Ziegen- und andere Felle lauft gegen gute Zahlung. 3145. S. Sonntag, Karlsruhestraße 19, (Baden). 3146.

Blatt für den Bauern, Preis M. 1.45 frei Nachn. Volksverlag für Politik und Verkehr Stuttgart (P. Maxenstraße 15). Ratgeber für deutsche Auswanderer, Preis M. 1.45 frei Nachn. Volksverlag für Politik und Verkehr Stuttgart (P. Maxenstraße 15). Geld auch größere Verträge verleiht 3293. Ad. Friß, Hamburg 24. Hasen-, Ziegen- und andere Felle lauft gegen gute Zahlung. 3145. S. Sonntag, Karlsruhestraße 19, (Baden). 3146.

Blatt für den Bauern, Preis M. 1.45 frei Nachn. Volksverlag für Politik und Verkehr Stuttgart (P. Maxenstraße 15). Ratgeber für deutsche Auswanderer, Preis M. 1.45 frei Nachn. Volksverlag für Politik und Verkehr Stuttgart (P. Maxenstraße 15). Geld auch größere Verträge verleiht 3293. Ad. Friß, Hamburg 24. Hasen-, Ziegen- und andere Felle lauft gegen gute Zahlung. 3145. S. Sonntag, Karlsruhestraße 19, (Baden). 3146.

Soeben erschien neu **Hygiene der Ehe** in 250. Auflage: **Hygiene der Ehe** **Aerztlicher Führer für Braut- und Eheleute von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg.** Ans d. Inhalt: Über die Frauen-Organ. Körperliche Ehetauglichkeit und Untauglichkeit. Gebär- und Still-Fähigkeit. Frauen, die besser nicht heiraten sollten! usw. — Enthaltsamkeit und Ausschweifungen vor der Ehe. — Eheliche Pflichten, Keuschheit oder Polygamie? Hindernisse der Liebe usw. Krankheiten in der Ehe. Rückstände früherer Geschlechtskrankheiten. Vorbeugung und Ansteckungsschutz usw. — Körperliche Leiden der Ehefrau. Ursachen und Heilung der weiblichen **Gefühlskälte**. Folgen der Kinderlosigkeit. Gefahren später Heirat für die Frau. Historische Anfälle usw. — Bezug gegen Einsendung von M. 2. — franko oder gegen Nachnahme durch Medizin. Verlag Dr. Schweizer, Abt. 312, Berlin NW 78.

Sozialdem. Verein Bruchhausen
Mittwoch, den 7. Mai, abends 8 Uhr,
im „Grünen Baum“, öffentliche
Wähler-Versammlung.

Thema:
Gemeindevahlen.
Referent: Genosse **Sührer, Ettlingen.**

Bekanntmachung.
Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses beehrt ich mich zur Fortsetzung der Beratung des Voranlasses für 1919 und zur Erledigung des Restes der Tagesordnung für die heutige Sitzung auf
Dienstag, den 6. Mai d. J.,
nachmittags 4 Uhr,
in den großen Rathssaal einzuladen.
Karlsruhe, den 5. Mai 1919.
Der Oberbürgermeister.

Zentral-Verband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands
Ortsgruppe Karlsruhe.
Donnerstag, den 8. Mai, abends 7/8 Uhr,
findet im „Weißen Löwen“, Kaiserstr. 21, eine
öffentliche
Messger-Versammlung

statt. Tagesordnung:
1. Gemeinwirtschaftliche Berufsfragen (Kollege Kern).
2. Die 14 Punkte d. Einigungsprogramms (Koll. Strelke)
3. Bürger- und Kartenkontrolle und Neuaufnahme.
4. Lokale Angelegenheiten.
Zahlreichen Besuch, auch der noch Außenstehenden, erbittet **Der Geschäftsleiter:**
Karl Kern, Büro: Kaiser-Allee 67, 2. St.

Grund- und Hausbesitzer-Verein
Karlsruhe (e. V.)
Am Freitag, den 9. Mai, abends 8 Uhr, wird der Grund- und Hausbesitzerverein im Saale III der „Brauerei Schrempf“, eine
Versammlung

veranstalten, in welcher Herr Rechtsanwalt Dr. Hyttinski über:
„Die auf dem Gebiete des Mietrechts z. Zt. geltenden Gesetze und Verordnungen“
sprechen und ein Sachverständiger auf dem Gebiete des Steuerwesens die erforderlichen Erläuterungen zur Steuererklärung und Vermögensaufstellung geben wird.
Sämtliche Karlsruher Hausbesitzer, auch solche, die noch nicht Mitglieder des Vereins sind, werden zu dieser Versammlung eingeladen. Es wird erwartet, daß diejenigen Hausbesitzer, die bis heute außerhalb der Organisation stehen, diese Gelegenheit benutzen, um sich in den Verein aufnehmen zu lassen, damit es endlich dazu kommt, daß die Organisation den weitaus größten Teil der Karlsruher Hausbesitzer umfaßt.

Kraftfahrer
Sektion des Deutschen Transportarbeiterverbandes
Morgen Mittwoch Abend 8 Uhr
Versammlung

in der Sambrunnshalle, Erbprinzenstraße 30.
Wegen wichtiger Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen aller Kollegen erwünscht.
Sektionsleitung.

Christus-Kirche.
Dienstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr,
Gottgedienst für d. Kriegsgefangenen
unter Mitwirkung von Dr. G. W. Poppen und seinem Kirchenvor.
Evangelisches Pfarramt: gez. Kohde.



Für das Mittagmahl des bürgerlichen Haushaltes verwende die sparsame Hausfrau Salzgemüse wie: Rolkohl, Weißkohl, Wirsingkohl, Spinat, Möhren, Bohnen, die sie bei jedem Kleinhändler beziehen kann.

Vertreter: W. Kuhne, Gg. Fischers Nachf., Kriegstrasse 172.

Großer Saal der Festhalle.
Samstag, den 10. Mai 1919
abends 8 Uhr
Zweiter Kompositions-Abend
Arthur Kusterer
Mitwirkende:
Edith Sajitz (Sopran), **Ottomar Voigt**, **Franz Dolezel** (Violine), **Alols Sommer** (Viola), **Ernst Meyer** (Violoncello) und die gesamte Kapelle des **Badischen Landestheaters.**
Leitung: der Komponist.
Vortragsfolge:
1. Quintett für 2 Violinen, Viola, Violoncello und Klavier. A-dur (Uraufführung).
2. Drei Gesänge für hohe Stimme mit Orchesterbegleitung.
3. Sinfonie in e-moll für grosses Orchester (Uraufführung).
Der Feinrich-Konzertsaal ist aus dem Lager Odeon-Haus, Kaiserstrasse, hier.
Karten zu 5.—, 4.—, 3.—, 2.— u. 1.50 M in Vorverkauf in der Musikalienhandlung **Fritz Müller**, Kaiserstr. (Telef. 388) und an der Abendkasse von 7 Uhr an.

Städtisches Konzerthaus.
Dienstag, den 6. Mai 1919.
Vorstellung des **Badischen Landestheaters.**
Dienstagsmiete Nr. 31.
Wegen Erkrankung von Franz Schwerdt heute Dienstag, den 6. Mai nicht „Eine Nacht in Venedig“ sondern:
Die Osárdásfürstin.
Operette in 3 Akten von Leo Stein und Béla Jenbach.
Musik von Emmerich Kálmán.
Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Instrumentalverein Karlsruhe e. V.
Freitag, den 9. Mai 1919, abends 7/8 Uhr, im Eintrachtsaal
Konzert
Mitwirkende: Herr **Franz Schwerdt**, Tenor vom Landestheater Karlsruhe, das **Vereinsorchester.**
Musikal. Leitung: Herr Musikdir. **Theodor Münz.**
Vortragsfolge: 1. II. Sinfonie in D-Dur von Lud. v. Beethoven. 2. Arie des „Tamino“ aus der Zauberflöte, „Dies Bildnis ist bezaubernd schön“ von W. A. Mozart. 3. Serenade für zwei kleine Orchester von W. A. Mozart. 4. Arie des „Max“ der Freischütz von Karl Maria von Weber. 5. Ouverture zu Oberon von Carl Maria v. Weber.
Eintritt nur gegen Vorzeigen der Mitglieds-karten gestattet.
Für Nichtmitglieder werden Eintrittskarten in beschränkter Zahl für Mk. 2.— in den hiesigen Musikalienhandlungen, sowie am Saaleingang verabfolgt.
Der Vorstand.

Freikorps Hülsen sucht
Freiwillige aller Waffen
— Bekannte Bedingungen —
Militärpapiere mitbringen
Zu melden:
Haupt-Werbeamt Durlach
Leopoldstrasse 10, Zimmer Nr. 35.
Rittmeister Baumeister.

Hilde Estelmann
prakt. Zahnärztin
Kaiserstraße 180, Ecke Hirschstr.
Sprechstunden: 9—12 Uhr vormittags, 1/3—5 Uhr nachmittags.

„Selbsthilfe“
Vereinigung der männl. und weibl. auschiffsweise Angestellten in den militär., staatl. und staatl. Dienststellen der Republik Baden, e. V.
Eitz Karlsruhe.
Von heute ab befindet sich unsere
Geschäftsstelle Erbprinzenstr. 17.
Bürostunden von 9 bis 12 und von 3 bis 7 Uhr.
Samstags von 9 bis 1 Uhr.
Der Vorstand.

Daniels Konfektions-Haus
Wilhelmstrasse 34, 1 Treppe Telefon 13.46
Frühjahrs- und Seiden-Mäntel, Seiden- und Moire-Jacken, Jackenkleider, Röcke, Blusen, Seiden- und Voile-Kleider.
Billige Preise Keine Ladenspesen.

Email-Geschirre
werden dauerhaft repariert (nicht gelötet)
Geschirr-Reparaturanstalt
Karlsruhe, Körnerstr. 34, im Hof. Telefon 1421.

Die Rachtzeit. Behördlich freigegeben, 20 versch. entzückende Alt- u. Modellsarten, 20 Karten Mk. 3.—, 100 Karten Mk. 12.50, Porto extra. Vor insend. od. Nachn. **D. Fischer, Berlin-Dallensee, Ratgraf-Albrechtstr. 4.** Postfach 52040 Berlin.

Zum Neubau von Kleinwohnungen im Stadteil Daglanden sind
1. Blechenerarbeiten,
2. Dachdeckerarbeiten
(Eiserlehwänge) zu vergeben.
Bordunde können beim städt. Hochbauamt, R. v. Friedrichstraße Nr. 8, Eingang Bahnhofsstr., Zimmer Nr. 188, abgeholt werden.
Dofelst sind auch die Angebote bis längstens **Dienstag, den 13. Mai d. J., vorm. 10 Uhr,** einzureichen.
Ka. 18.10.1919.
Städt. Hochbauamt.
Zur bevorstehenden Pflanzzeit geben wir an Setzlingen ab:
Tomaten m. Topfpr St. 3.3, vifirt „ „ 15 „
Wirsing, Weiß „ 8 „
Kraut, Kohlrabi „ 4 „
Kartoffel „ 4 „
Gurken „ 50 „
Karlsruhe-Rüppurr, den 30. April 1919.
Städt. Gutsverwaltung Rüppurr.

Standesbuch-Ausgabe der Stadt Karlsruhe.
Eheschließungen. Karl Körner von Karlsruhe, Grünwinkel, Techniker hier, mit Wanda Hiescher von hier. Otto Hummel von hier, Kunst- und Handlsgärtner hier, mit Frl da Graef von Guggenau. Anton Singer von Baden, Buchdrucker hier, mit Emilie Prützsch von hier. Oskar Oberle von Riedel, Metzger alda, mit Gertrude Ruf von Heidelberg. Heinrich Schöb von Kapfelen, Zeichner hier, mit Maria Hilson von Ottenhöfen. Friedrich Ochs von Karlsruhe, Kranführer hier, mit Barbara Schwarz geb. Dones von Wu. Adolf Schuler von hier, Hilfsmonieur hier, mit Pauline Felger geb. Reis von Hochheim. Emil Wichter von hier, Berufsführer hier, mit Bertha Kubn von Mannheim. Jakob Kunz von Mannheim, Tagelöhner alda, mit Adelheid Artmann von Schielberg. Joh. Strecker von Gaggenau, Volkereisachmann hier, mit Maria Feder von Gombach. Wilhelm Martin von Weingarten, Schmied alda, mit Sofie Dürr von Durlach. Josef Ochs von hier, Gasarbeiter hier, mit Barbara Bonin geb. Köhner von Grafenhausen. Richard Köppl von hier, Berufsmaler hier, mit Helena Schneider geb. Gultab Voos von Eberbach, Schreiner hier, mit Marie Kallier von Redarlagensbach. Ludwig Kuchel von hier, Metzgermeister hier, mit Marie Stein. Konrad Viehgen von Wülheim, Elektrotechniker hier, mit Anna Gumpf von hier. Oskar Florj von Dinglingen, Kaufmann hier, mit Wilhelmine Karzer von hier. Franz Schmalz von Neuenweier, Kraftwagenführer hier, mit Katharina Degenbach geb. Klump von hier. Maschinenmeister hier, mit Anna Danjelmann von Lötzingen. Albert Widmann von hier, Metzger hier, mit Gertrud Berwald von hier. Karl Lind von hier, Altknecht in Wühl, mit Frieda Köhler von hier. Friedrich Giesler von hier. Dre. er hier, mit Wlora Kling von Schönnau. Godeshauz. Marie Verdes, Stenographin, alt 17 Jahre. Gertrud, alt 1 Jahr 4 Monate 18 Tage, Kaiser Ant. Stahlberger, Schneider. Luise Schäfer, alt 62 Jahre, Ehefrau von Christian Schäfer, Stenographin. D. Karol. Schröder, alt 61 Jahre. Witwe von Leopold Schröder, Fuhrmann. Karol. Segelbacher, alt 63 Jahre, Ehefrau von Wlch. Segelbacher, Schuhmachermeister. Anna Zell, alt 63 Jahre, Ehefrau von Verhold Zell, städt. Arbeiter. Joh. Wlch. Gemann, Schuhmachermeister, alt 62 Jahre.

Möbl. Zimmer
od. Wohnz. von Arbeiter zu mieten gesucht. Angeb. u. unter Nr. 2258 an das Volksheimbüro erbeten.

Möbl. Zimmer
od. Wohnz. von Arbeiter zu mieten gesucht. Angeb. u. unter Nr. 2258 an das Volksheimbüro erbeten.